

Ergebirgischer Volksfreund

Der „Ergebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Samm- und Sonnabend.

Der Preis für die 34 mm breite Seiten-Abbildung ist im Eisenbahnkrieg II 20 (Familienzeitung und Stellmachende Bevölkerung 15), ausserdem 25, für die 90 mm breite Zeitungszelle 30, ausserdem 100, für die 90 mm breite amt. Zeitungszelle 55, ausserdem 65 Goldpfennig.

Postleitzahlen: Leipzig Nr. 12226.

Gemeinde-Zero-Markt: Ver. Gruppe. Nr. 70.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Kreisbaupolizei und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Stadts- u. Städtischen Behörden in Schneeberg, Olbernhau, Neuhausen, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadtteile zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Schneeberg.

Verlag C. M. Görlner, Aue, Erzgeb.

Vertreter: Aue 81, Olbernhau (Unter Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 161. Druckerei: Volksfreund Aue (Erzgebirge).

Kreispolizei-Blätter für die Kreisbeamten und die Beamten des Kreisgerichtes werden nicht in den Kreisbeamten-Blättern. Diese Gesetze werden die Kreisbeamten und die Kreisgerichtsbeamten am entsprechenden Tage lautstark bekanntgegeben und nicht gelesen, auch nicht für die Wiedergabe der sonst herkömmlichen aufgabenlosen Gespräche. — Die Blätter werden nicht gelesen, sondern nur für die Wiedergabe der sonst herkömmlichen aufgabenlosen Gespräche. — Die Blätter werden nicht gelesen, sondern nur für die Wiedergabe der sonst herkömmlichen aufgabenlosen Gespräche. — Die Blätter werden nicht gelesen, sondern nur für die Wiedergabe der sonst herkömmlichen aufgabenlosen Gespräche.

Nr. 135.

Donnerstag, den 12. Juni 1924.

77. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Aue. Städteordnungserlassung. Freitag, den 13. Juni 1924, nachmittags 6 Uhr im Städteordnungserlassungsraum. Tagesordnung: 1. Befassung einer Anzahl von aus Umfang des Städteordnungserlasses herausgegründeten Gesetzestexten. 2. Erledigung der Beteiligungsfrage. 3. Abänderung der Sanktion des Städteordnungserlasses an der Büchstabe. 4. Abänderung der Sanktion des Städteordnungserlasses an der Büchstabe. 5. Befassung der Rechtsanwaltschaft Süßsicher Gemeinden. 6. Befassung von Wollmessen. 6. Befassung der Schneiderschule mit Wasser. 7. Besuch des Ausländerbundes „Zentraldeutschland“ um Begüßung seiner Mitglieder bei Befreiung von Liebesgaben. 8. Bericht wegen des Ausscheidens der Stadt Aue aus dem Bezirksoberbund. 9. Entgegen für den Bezirksoberbund. 10. Beantwortung einer kleinen Anfrage.

Wahlen zur Bezirksversammlung

(3. auf Wahlkreis.)

Die Beifüllung des Wahlbezirkes bei den Wahlen zur Bezirksversammlung findet im 3. Wahlkreis Dienstag, den 17. Juni 1924, nach 10 Uhr im Rathaus — Zimmer Nr. 23 — statt. Die Wahlhandlung ist öffentlich.

Schneeberg, den 11. Juni 1924.

Der Wahlkommissar.

Eppstein, Stadtrat.

Bersteigerung. Freitag, den 13. Juni, vormittags 11 Uhr, soll in Schorlau ein Schreibstich (Gesche, mit neuen Räumen) maßgebend gegen Vorzüglichkeit versteigert werden. Bieter sammeln sich im Restaurant zum Grünen Tal.

Schneeberg, den 12. Juni 1924.

Der Geschäftsvorsteher des Amtsgerichts.

Bersteigerung.

Treffs, den 18. Juni 1924, vormittags 10 Uhr, soll in Wittigshof ein arbeitetes Posten breiter, Kanthälter und Stoßhälter (Haushalt) meistbietet gegen Vorzüglichkeit versteigert werden. Kommerz der Bieters Wittigshof.

Schneeberg, den 10. Juni 1924.

Der Gerichtsschöfleiter des Amtsgerichts.

Niederwöhla.

Deutschland Schöfleiter ist hier zugelassen und binnen 3 Tagen gegen Vorzüglichkeit des entstandenen Kosten abzuholen, andernfalls anderweitig darüber verfügt wird.

Riederhöhe, 10. Juni 1924.

Der Bürgermeister.

Bläschfeuerwehr Lauter.

Hebung.

Sonnabend, den 14. Juni 1924, nach 16 Uhr, auf dem Schützenplatz. Das Kommando.

Zur Frage des Gutachtens.

Dem „C. B.“ wird mit der Bitte um Aufnahme geschrieben:

Die neu gegründete „Deutsche Industriellen-Vereinigung“ hat in zwei Erklärungen vom 14. und 19. Mai d. J. der Auffassung weitester deutscher Wirtschaftskreise dahin Ausdruck gegeben, daß die von den sogenannten Sachverständigen vorgeschlagene Regelung das Ende des Deutschen Reiches und der deutschen Wirtschaft bedeutet. Diese Auffassung wird in steigendem Maße auch von Sachverständigen Stimmen des Auslandes bestätigt. Mit schwerster Besorgnis blickt die D.I.B. auf die unterdessen eingeschlagene Entwicklung, die nach den Erklärungen des Reichskanzlers Dr. Marx vom 4. Juni daran keinen Zweifel mehr läßt, daß nicht nur ein sachliches Einlassen auf die sogenannten Sachverständigen-Berichte bereits erfolgt ist, sondern daß sich die deutsche Regierung darüber hinaus auch schon zur Beteiligung an den vorberatenden Maßnahmen der Durchführung jener Regelung hat bereitfinden lassen. Ohne auf die Frage einzugehen, ob sich ein solches Vorgehen ohne vorherige parlamentarische Genehmigung rechtfertigen läßt, legt die D.I.B. gegen dieses Verfahren im Namen der ihr vertretenen deutschen Wirtschaftskreise und insbesondere auch im Interesse der bei Annahme jener Regelung in ihrer Existenz bedrohten deutschen Angestellten- und Arbeiterschaft Verwahrung ein. Die Annahme, daß auf diese Weise die Ruh gerettet und die deutsche Wirtschaft aus ihrer Kreditnot befreit werden könne, hält die D.I.B. für einen verhängnisvollen Irrtum.

Nach Lage der durch die selbstverhüllte uneholbare Entwicklung gegebenen Verhältnisse bleibt nach Ansicht der Vereinigung nur noch eine Möglichkeit, den deutschen Staat und die deutsche Wirtschaft vor dem Untergange zu retten. Diese Möglichkeit bietet allein die rücksichtlose Aufrullung derjenigen Frage, die die tiefste Ursache des gehäuften Jammers der letzten fünf Jahre ist und die nicht nur die politische, sondern auch schlechthin die wirtschaftliche Frage Deutschlands ist: der Kriegsschuldfrage. In der Kriegsschuldfrage, wie sie in Art. 231 des sog. Vertrages von Versailles und in der Mantelnote der Alliierten vom 16. Juni 1919 niedergelegt ist, hat der Zusammenbruch unserer Wirtschaft und die Not unseres Volkes nachweislich die tiefste Ursache. Nach den eigenen Erklärungen der führenden Staatsleiter des Feindkunds steht und fällt aber der sog. Vertrag von Versailles samt seinen Folgen mit der Lüge von der deutschen Kriegsschuld. Wir erinnern hier nur an die amtliche Erklärung Lloyd Georges an den damaligen deutschen Reichskanzler Dr. Simons vor der Londoner Konferenz am 3. März 1921: „Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg grundlegend. Sie ist die Basis, auf der das Gepräge des Vertrages errichtet worden ist, und wenn dieses Anerkenntnis verweigert oder aufgegeben wird, so ist der Vertrag hinfällig.“ In demselben Sinne haben sich andere Staatsleiter der Alliierten ausgesprochen, insbesondere Poincaré.

Doch auch die von den sogenannten Sachverständigen vorgeschlagene Regelung, die übrigens weit über Versailles hinausgeht, auf der Kriegsschuldfrage steht, ist nicht zu bezweifeln. Abgesehen davon, daß schon in materieller Hinsicht das, was uns in diesen Vorschlägen zugemutet wird, nur einer Nation von Verbündeten angenommen werden könnte, verwiesen wir darauf, daß in Teil I Abschn. 2 als tragende Grundlage ausdrücklich die „moralische Verpflichtung“ Deutschlands hervorgehoben wird, und daß in Teil I Abschn. 14 zur Rechtfertigung der ungeheuren in Wahrheit vernichtenden Lasten ausdrücklich gefragt wird, daß diese Last „schwer ist und schwer sein soll“. Ausländische Stimmen bestätigen diese Auffassung. Wir verzweifeln lediglich auf die in New York erscheinende „Financial and Commercial Chronicle“, Mai-Nummer, in der die Vorschläge als „internationale Massenverwaltung“ Deutschlands behandelt werden, und wo es u. a. heißt: „Die Last ... trägt mit dicken Buchstaben auf das Gesicht geschrieben den Stempel der Strafe!“

Die Unterschrift des Art. 231 des sog. Vertrages hatte die deutsche Regierung in ihrer Note vom 23. 6. 1919 zu rechtfertigen gesucht mit der Erklärung: „Wir unterscheiden zwischen der übermächtigen Gewalt.“ Obgleich wir nicht der Auffassung sind, daß sich damit die Unterzeichnung rechtfertigen läßt, log hier immenshin die Tatsache einer Rechtsverwahrung vor. Diese Rechtsverwahrung wird aber hinsichtlich der über Versailles hinausgehenden Lasten der

Sachverständigen gutachten leineswegs erhalten, wenn sie nicht von neuem in alter Form erklärt wird. Die Folgen einer solchen Unterlassung gegenüber den Sachverständigen gutachten würden insofern weit verhängnisvoller, als der privaten Wirtschaft hier unmittelbar eine Belastung auferlegt wird und sie mit Übernahme dieser Belastung auch freigesetzt die Verantwortlichkeit für den Krieg, die Kriegsschuld, für sich anerkennen würde. Damit wäre in der Tat die Auflösung der Kriegsschuldfrage durch entgegenstehende Unterschrift des Reiches sowohl wie auch der Privatwirtschaft für alle Zeit und vor aller Welt erlebt.

Auch hier sieht offenbar das Ausland klarer als manche deutschen Kreise. Wir verweisen hier nur auf einzelne Auslandstimmen, in denen der vorbezeichnete innere Zusammenhang klar zum Ausdruck kommt. So heißt es z. B. in den in Portland (Oregon) erscheinenden „Nachrichten aus dem Nordwesten“ bereits am 3. April 1924: „Dieser (nämlich der gegenwärtige Zustand) kann natürlich nur andauern, solange die Frage der Kriegsschuld nicht untersucht worden ist und also die legale Dateinsberechtigung auch für die Dawes-Kommission geäfft ist.“ In einer Erklärung des „Demokratischen Kontrollverbandes“ (Daily Telegraph vom 23. Mai 1924), heißt es: „Sie (nämlich die Grundsätze der Sachverständigen) sind zu verwerfen vom moralischen Standpunkte aus, weil erstens die Auflösung eines solchen Tributs auf der willkürlichen Annahme von Deutschlands Kriegsschuld beruht, die noch nicht unparteiisch nachgeprüft und im übrigen durch Erklärungen nach dem Kriege hinfällig gemacht ist.“ Schließlich sei nur noch erwähnt aus der Mai-Nummer von „American Monthly“: „Die Cant- und Betrugspropaganda hat den Blick der Menschen getrübt. Sie können, wo es sich um nationale Belange handelt, nicht Recht von Unrecht unterscheiden. Wir müssen den Fall Deutschland aufs Neue im Lichte der Enthüllungen von Pitti, Morel, Lloyd George, Suchomlinow, Veret betrachten.“

Wenn Deutschland jetzt die leige Gelegenheit vorübergeht, ohne seinerseits eine Frage zur Entscheidung zu bringen, von der schlechthin seine Existenz abhängt ist, so verbleibt es das Schicksal, das seiner dann wartet. Es kann für Regierung und Reichstag keine höhere Verantwortung geben, als die damitargelegte. Die Regierung hat bisher in dieser Frage irgend etwas Entscheidendes nicht getan. Wir erblicken gerade darin eine schwere Verfehlung aller bisherigen Regierungen. Auf den eigenartigen Einwand, daß ja so, wie ja niemand mehr in der Welt an Deutschlands Schuld glaube, was übrigens ein schwerer Irrtum ist, wollen wir hier nicht eingehen. Wenn es so wäre, wäre die Pflicht zu einer verantwortlichen Aufrullung der Frage um so größer. Einen Nachweis des gewaltigen Materials, das zur Kriegsschuldfrage, vor allem auch aus dem Auslande vorliegt, dürften wir uns hier erfahren. Es trifft durchaus den Kernpunkt, wenn C. D. Morel im Junihfest 1923 der „Foreign Affairs“ sagt: „Die Deutschen haben eine Rechtslage, die, an gemessen vertreten, alles zum Schweigen bringen muß, was an Größe für Moral in der Welt noch gelebt ist.“

Wir richten deshalb an Regierung und Reichstag die Aufs

fordern, endlich diese Rechtslage angemessen zu vertreten. Wir fordern zu diesem Zweck die sofortige Einstellung aller Maßnahmen, die zur Vorbereitung der Durchführung der Sachverständigen-Vorschläge bereits ergriffen sind und erwarten die Erklärung, daß die deutsche Regierung ihre endgültige Einlassung auf die von den Sachverständigen vorgeschlagene Regelung abhängt mochte von einer unparteiischen Prüfung der von Deutschland bisher nicht anerkannten, in Artikel 231 des sogenannten Versailler Vertrages niedergelegten einzigen Rechtsgrundlage der feindlichen Forderungen. Spätestens vor Abschluß der vorbereitenden Verhandlungen muß die Regierung die vorbezeichnete Nachprüfung verlangt und durchgeführt haben. Mit solcher Herstellung der Kriegsschuldfrage wird nicht nur der eigentliche und ausschlaggebende „Ehrenpunkt“ berührt, die Aufrullung der Lüge von der deutschen Kriegsschuld ist zugleich die einzige und bleibende Möglichkeit, die deutsche Wirtschaft vor dem Untergange und die deutsche Arbeiterschaft und mit ihr das gesamte Volk vor dem Hungerdasein dauernden Verfallung zu retten.

Protest gegen die Internationalisierung der Reichsbahnen.

Berlin, 10. Juni. Die Vertreter der deutschen Eisenbahner-Organisationen haben am Sonnabend dem Reichsverkehrsminister ihren Protest gegen die Internationalisierung der deutschen Reichsbahnen übermittelt. Der Protest erfolgte im Namen der 450.000 deutscher Eisenbahner.

London, 10. Juni. „Westminster Gazette“ führt aus, wenn nicht bald eine Aktion unternommen werde, so werde der Dawesbericht vielleicht denselben Wege gehen wie die übrigen Berichte, eine Friedensformel zu finden. Viel kostbare Zeit sei durch die Konflikte in Frankreich verloren gegangen, und die Verhältnisse in Deutschland seien weniger günstig als zuvor. Wenn der Sachverständigenplan die gewünschten Wirkungen haben soll, so müsse er rasch zur Durchführung gebracht werden. Man werde daher erleichtert aufzutreten, wenn die französische Präsidenschaftsstatte endgültig vorbei sei. „Daily Telegraph“ schreibt, jeder Freund Frankreichs hoffe auf einen raschen Übergang zu klaren Verhältnissen. Von einer Erneuerung der Führungnahme und des Zusammenwirkens zwischen den Regierungen der Entente hänge im Augenblick alles ab.

Cleveland, 10. Juni. In der Eröffnungsansprache des republikanischen Kongress wußte der vorläufige Vorsitzende Burten u. a. das Committee Dawes und sagte, sobald sich die verschiedenen Nationen geeinigt haben, werde Amerika hilfreich gegen Verordnung gegeben werden. Dann würden seine unbedingten Hilfsquellen für Friederaufbauarbeiten zur Verfügung stehen. (Wer's glaubt? „C. B.“)

Deutsche Unterhändler vor dem Böllerbund.

Genf, 10. Juni. Anlässlich der am Mittwoch beginnenden Tagung des Böllerbundes sind einige deutsche Unterhändler über die Minderheitenfrage, darunter Staatssekretär a. D. Bewahl, hier eingetroffen, um gegen Polen die deutsche Forderung auf Achtung des Status quo bis zum Abschluß eines Abkommen zu unterstützen. Der Böllerbundrat wird nur einen Bericht über die ergebnislosen deutsch-polnischen Verhandlungen in Wien entgegen nehmen. In Sachen der Saarfrage wird der Böllerbundrat zu zwei Noten der deutschen Regierung Stellung nehmen müssen. Die erste Note erfordert den Böllerbundrat um Festsetzung einer Frist für die Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet, die zweite Note protestiert gegen die Verhinderung zollfreier Einfuhr gewisser deutscher Waren in das Saargebiet.

Der Mehraufwand für die höheren Beamten.

Berlin, 10. Juni. Vom Reichsverkehrsministerium wurde zu den neuen Beamten bezüglich bei der Reichsbahn unter Bezug auf die Angriffe wegen der angeblichen Besserstellung der höheren Beamten mitgeteilt: Die bei den höheren Befolgsgruppen von Gruppe 10 aufwärts vorgenommene Aufbesserung der Bezüge macht bei der deutschen Reichsbahn auch nur 5 Prozent der gesamten Mehrosten für alle Befolgsgruppen aus. Wollte man die für die Aufbesserung der höheren Befolgsgruppen verwendeten Beträge auf die unteren Befolgsgruppen 1 bis 5 verteilen, so würde auf jeden Beamten dieser Gruppe nur ein Mehrbetrag von rund 2,50 Mk. monatlich entfallen. Würden dabei auch noch die Beamten der mittleren Gruppen berücksichtigt, so erhält jeder Beamte sogar nur rund 1,80 Mk. monatlich mehr.

Streik oder neue Verhandlungen?

Berlin, 10. Juni. Heute sind die Vertreter der christlichen Richtung der Eisenbahnorganisationen zu einer Beratung über die Frage Streik oder neue Verhandlungen eingetragen. Es ist zu erwarten ist, Morgen werden der freigewerkschaftliche Deutsche Eisenbahnverband und der Allgemeine Eisenbahnverband (Hirsch-Dunder) tagen.

Berlin, 10. Juni. In der Streikbewegung der Deutschen Eisenbahner hat am Sonnabend die Vermittlung des Reichsverkehrsministers eingesezt. Er hat die Gewerkschaftsvertreter der Deutschen Eisenbahner zum 16. Juni zu Verhandlungen nach Berlin berufen. Der auf den 16. Juni lautende Generalstreikbeschluss der kommunistischen Betriebsräte des Eisenbahnverkehrs wird von den Gewerkschaften abgelehnt, die ihre Mitglieder vor der Teilnahme an dem Streik warnen.

Widerstand in Libanon.

London, 10. Juni. „Morningpost“ meint, daß noch kein Bericht über den Aufstand im Libanon da ist. Daß die Regierungstruppen ungünstig sei, sie würden kurz besiegelt. Einem Telegramm zufolge habe die libanische Nationalarmee nach einer zweitägigen Schlacht die Regierungstruppen besiegt. Ganz Libanon liege, wie es heißt, auf Seiten der Aufständischen.